

Inhaltsübersicht

Vorwort	19
Die Ära Adenauer	21
Am 15. Oktober 1963 wurde Konrad Adenauer nach 14 Jahren an der Spitze der Regierung der gleich alten Bundesrepublik Deutschland im Parlament als Bundeskanzler verabschiedet. (1963)	
Nach dem Unglückstag von Dallas	27
Der Verfasser hatte das Attentat auf Präsident Kennedy und die Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit darauf in Washington und New York erlebt. (1963)	
Entspannung ohne Lösung der Probleme	30
Eine Übersicht über 1963, das erste Jahr von Versuchen mit der Entspannungspolitik zwischen den Mächten nach der bedrohlichen Kubakrise von 1962. (1964)	
Schatten der Vergangenheit	34
Eine Reihe von Strafprozessen gegen Leute, die an den Vernichtungsaktionen des Dritten Reiches beteiligt gewesen waren, lenkte die Aufmerksamkeit einmal mehr auf die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands und auf die Versuche der Bundesrepublik, sich mit dieser Erbschaft auch rechtlich auseinanderzusetzen. (1964)	
Trügerische Flaute	38
In Amerika mehrten sich im Gefolge der gut bewältigten Kubakrise die Stimmen, die eine grundsätzliche Wende im West-Ost-Konflikt verkündeten bzw. forderten. Sie stellten ein von Machtkämpfen, Herrschaftsansprüchen und Expansionsdrang befreites «normalisiertes» amerikanisch-sojwjetisches Verhältnis in Aussicht. (1964)	

Dornenvolle Erbschaft im Kreml	43
Am 17. Oktober war Chruschtschew unter nicht durchschaubaren Umständen als sowjetischer Machthaber abgesetzt worden. (1964)	
Polen in den Fesseln der Ostblockpolitik	47
Eindrücke aus Warschau	
Polen, das seit dem Beginn der Ära Gomulka im Westen als ein Land auf den Wegen der Emanzipation von sowjetischer Blockherrschaft gesehen wurde, erwies sich von nahem betrachtet noch immer oder wieder als enger Satellit Moskaus. (1965)	
Neue Konstellationen	52
Rückblick auf das vom Vietnamkrieg geprägte Jahr 1965.	
Stabile Kaltfront über Europa	56
De Gaulles nationalstaatlich fundierte Politik hatte die supranational konzipierte EWG, für den französischen Präsidenten das Europa der «Technokraten», seit Jahren unter starke Belastung gesetzt. Das erste Luxemburger Treffen vom Januar 1966 vermochte den zugespitzten Konflikt der politischen Konzeptionen nicht zu lösen, brachte aber auch nicht den Bruch der Gemeinschaft. Sie hatte sich in der Folge mit dem Prinzip einer kaum geminderten nationalen Souveränität zu arrangieren. (1966)	
Der archimedische Punkt	60
Die Landung einer unbemannten sowjetischen Sonde auf dem Mond gab Anlass zu Reflexionen über die mögliche politisch-strategische Bedeutung der von den Supermächten vorangetriebenen Raumfahrt. (1966)	
Gefährdete alte Wahrheiten	63
De Gaulles brüsker Austritt aus der Nato warf schwerwiegende Fragen der künftigen Verteidigung Westeuropas auf. (1966)	
Amerikas Engagement in Vietnam	68
Der Kampf um die öffentliche Meinung	
Eine Erkundungsreise nach Washington verstärkte die Vermutung, dass der Vietnamkrieg an der Front der öffentlichen Meinung Amerikas entschieden werde. (1966)	
An der Mauer	72
Wiedersehen mit dem Monstrum der Berliner Mauer, gerne vergessenes Zeugnis europäischer Realität der sechziger Jahre. (1966)	
Der militärische Mini-look	76
Nach dem Austritt Frankreichs stellte die Nato ihr Konzept für die Vertei-	

- digung Europas auch offiziell von «massive retaliation» auf «flexible response» um. (1967)
- Abrüstung der Nichtgerüsteten** 80
- Kritische Beurteilung des Entwurfes zum Atomsperrvertrag, den die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion gemeinsam kurz zuvor der Genfer Abrüstungskonferenz vorgelegt hatten. (1967)
- «Eine Milliarde Chinesen»** 85
- Staatssekretär Rusk rechtfertigte das amerikanische Engagement in Vietnam unter anderem mit der Gefahr einer vom Bevölkerungspotential her zu erwartenden erdrückenden Übermacht Chinas über die Völker Asiens. (1967)
- Umwertung der Werte?** 89
- Der Vietnamkrieg liess auch in der schweizerischen Publizistik, konform der internationalen Amerikakritik, Zweifel an der moralischen Rechtfertigung des amerikanischen kriegerischen Engagements aufkommen. (1968)
- Osteuropa auf der Suche nach Freiheit** 93
- Die Verbotten des «Prager Frühlings» signalisierten in der bis dahin stalinistisch tiefgefrorenen Tschechoslowakei eine Bewegung der «Liberalisierung», liessen aber zugleich die Schwierigkeit einer reformerischen Gratwanderung erkennen. (1968)
- So nicht** 98
- Die Berliner Ausschreitungen an Ostern waren der öffentliche Auftakt zu Jahren der Gewalttätigkeit in den Städten Europas und zu einem Zerfall der Rechtsordnung und der Regeln politischer Auseinandersetzungen, der in eine tiefe Bewusstseinskrise führte. (1968)
- Geborstene Fassade der Grandeur** 102
- Die französischen Maiunruhen enthüllten Schwächen des gaullistischen Staates. (1968)
- Der Preis der Aggression** 106
- Mit der Besetzung Prags am 21. August brach die Sowjetunion das Reformexperiment Dubčeks *manu militari* ab. Einmal mehr zeigte es sich, wie die Realität des Herrschaftssystems in Osteuropa aussah und wie wenig der Westen dagegen zu tun vermochte bzw. gewillt war. (1968)
- Der fromme Wunsch nach Entspannung** 111
- Wenige Wochen nach dem sowjetischen Militärcoup gegen die Tschechoslowakei – vom gaullistischen Minister Debré als «Verkehrszwischenfall» bezeichnet – war «Entspannungspolitik» wieder die Parole in den westlichen Hauptstädten. (1968)

- Der Trug der roten Fahne 116
- Die breite neomarxistische Welle in Teilen der europäischen Intelligenz und der Hang zum Bruch mit überkommenen Vorstellungen von Recht, Staat, Gesellschaft, Familie drängte die Frage nach der Aktualität liberaler Grundüberzeugungen auf. (1969)
- Die Trennung von de Gaulle 121
- De Gaulle hatte dem Referendum vom 27. April 1969 über eine Regionalreform für Frankreich die Entscheidung für oder gegen ihn selber unterlegt. Die Franzosen stimmten gegen seine Vorlage, und der Präsident kehrte ihnen – ein Jahr nach den Pariser Maiunruhen – ohne Zögern am 28. April den Rücken. (1969)
- Amerikanische Unrast 126
- Eine Informationsreise in die Vereinigten Staaten ergab den Befund einer sich stärker nach innen wendenden, in Vietnam des auswärtigen Engagements müde gewordenen Nation. (1969)
- Ein Ostwind besonderer Art 131
- Im Sommer 1969 schien Moskau unter dem Druck seiner sich stärker ausbildenden Zweifronten-Situation wie auch im Hinblick auf die Neuwahlen in der Bundesrepublik und auf eine eventuelle Neuorientierung der deutschen Politik nach Westen hin umgänglicher zu werden. Ein Jahr nach «Prag» gingen Hoffnungen auf eine Milderung der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa um. (1969)
- Die Giganten am grünen Tisch 136
- Im November nahmen die beiden Nukleargrossmächte diplomatische Gespräche miteinander auf über eine Begrenzung ihrer strategischen Waffen (Salt). (1969)
- Tauwetter im Dezember? 140
- Verschiedene Stränge westlicher Entspannungspolitik und des Gesprächs mit Moskau überkreuzten sich, z. B. ein amerikanischer in «Salt», ein deutscher in Brandts «Ostpolitik». (1969)
- Der Eckpfeiler Amerika 144
- In den Vereinigten Staaten nahmen im Zeichen des Vietnamkrieges Tendenzen eines Abbaus der amerikanischen Präsenz in Europa politische Formen an. (1970)
- Der Dritte im Bunde 149
- China hatte sich mit selber entwickelten Kernwaffen und am 24. April dann auch mit dem Start eines ersten eigenen Erdsatelliten die Insignien einer Nukleargrossmacht erworben. (1970)

Wirrnisse deutscher Politik 152

Der Machtwechsel in der Bundesrepublik hatte u. a. seltsame Verkehrungen bisheriger politischer Fronten zur Folge. SPD und FDP, die früher jegliche Deutschlandpolitik am Ziel einer «Wiedervereinigung» gemessen hatten, betrieben nun aktiv die Anerkennung der «sogenannten» DDR, also der Spaltung Deutschlands, und die in der Ära Adenauer europäisch-westlich orientierte CDU/CSU übernahm in manchem das polemische Vokabular eines deutschen Nationalismus. (1970)

Europa und der Moskauer Vertrag 157

Am 12. August hatte Bundeskanzler Brandt in Moskau den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion unterzeichnet. (1970)

Finnland – ein Modellfall? 162

Im Zusammenhang mit der neuen deutschen Ostpolitik begann man von «Finnlandisierung» Deutschlands und Westeuropas zu sprechen. Auf Grund von Informationsgesprächen in Helsinki wird der finnische Sonderfall bzw. seine Tauglichkeit oder Untauglichkeit als Modell für westeuropäische Staaten zur Diskussion gestellt. (1970)

Nixon am Mittelmeer 167

Eine neue Europareise Präsident Nixons war im besonderen auf die Sicherheit im Mittelmeerraum ausgerichtet, die vor allem durch den Nahostkonflikt gefährdet schien. (1970)

Zurück in die Steinzeit? 172

Die weltweite Ausbreitung des Terrorismus begann die Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit und des zivilisierten Zusammenlebens zu unterhöhlen. Jüngstes Beispiel waren eine erpresserische Entführung und ein politischer Mord in Quebec, die die kanadische Regierung zur Ausrufung des Kriegszustandes zwangen. (1970)

Verständigung in Warschau 176

Am 18. November wurde nach langwierigen Verhandlungen ein Vertrag zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland paraphiert, in dem Bonn auch für sein Teil die Oder-Neisse-Grenze anerkannte und auf Ansprüche auf die Ostgebiete des einstigen Deutschen Reiches verzichtete. (1970)

Nicht verteidigungswürdig? 180

In Kreisen der schriftstellerischen Linken der Schweiz, die oft genug bloss deutsche Protestposten imitierte, figurierte das eigene Land mehr und mehr nur noch als Zerrbild und als realitätsfernes Klischee. (1971)

Der Drache und der Bär 185

Am 6. April hatten die Chinesen, nach langer Selbstisolation durch eine

chaotische «Kulturrevolution», mit der Einladung einer amerikanischen Tischtennis-Equipe ein erstes sichtbares Zeichen der Öffnung gegenüber Amerika gegeben. Die Pingpong-Diplomatie bereitete den Weg für einen Besuch Nixons in Peking und eine schliessliche «Normalisierung» des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses vor. (1971)

Der blinde Fleck für Macht

189

Mit der mühsam erreichten Verständigung der vier einstigen Sieger- und Besetzungsmächte über die Existenzbedingungen (West-)Berlins – das Viermächteabkommen wurde am 3. September unterzeichnet – hielt man weitherum den Weg für eine generelle Normalisierung der West-Ost-Beziehungen in Europa für geebnet. Die Einsicht, dass Sicherheitsfragen von Machtfragen nicht zu trennen sind, kam der öffentlichen Diskussion immer mehr abhanden. (1971)

Eilige Krimreise

192

Nach der «Bereinigung» der deutschen Frage drängte die Sowjetunion auf eine europäische Sicherheitskonferenz, die ihr den im Zweiten Weltkrieg errungenen Besitzstand allgemein verbriefen sollte. Bundeskanzler Brandt trat am 16. September, ohne die früher übliche Absicherung im Westen – «Wir sind ein mündiger Staat» –, einen selbstbewussten Alleingang zu Breschnew auf die Krim an. (1971)

Gipfel an Gipfel

196

Die amerikanisch-chinesische Annäherung setzt auch die sowjetische Westpolitik in Bewegung. Präsident Nixon wurde für den Mai 1972, nach seiner vorgesehenen China-Reise, nach Moskau eingeladen. Sogleich erweckten in Europa die alten Ängste wieder, man könnte Opfer eines «Bilateralismus» der Grossmächte werden. Eine Serie von Konsultationstreffen auf höchster Ebene wurde angekündigt. (1971)

Friedensrhetorik und Friedenspolitik

200

Das Moskauer Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und den sowjetischen Machthabern vom 22. bis zum 30. Mai hatte voluminöse, Entspannung verheissende, aber politisch nicht eben gehaltreiche Dokumente produziert, von denen sich dann die Amerikaner sogleich wieder etwas distanzieren. Die Grossmächte stellten die Weichen für die seit vielen Jahren von der Sowjetunion geforderte Konferenz, die nun als «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (KSZE) in Helsinki diplomatisch vorbereitet werden sollte. (1972)

Vertreibung aus Ägypten

204

Am 18. Juli wies Präsident Sadat die sowjetischen Militärberater, über 20 000 an der Zahl, aus Ägypten aus. Eine seit den späten fünfziger Jahren systematisch ausgebaute sowjetische Machtposition am Mittelmeer und am Suezkanal wurde damit liquidiert. (1972)

Besiegelte Zweistaatlichkeit Deutschlands

208

Am 8. November wurde der «Grundvertrag» zwischen der Bundesrepublik

Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik paraphiert. Er besiegelte die Spaltung Deutschlands in zwei souveräne Staaten, wenn man auch in Bonn an der rechtlich nicht fassbaren Fiktion einer diese beiden Staaten überdachenden «deutschen Nation» festhalten wollte. (1972)

Europa-Jahr 1973? 213

Präsident Nixon hatte 1973 zum «Jahr Europas» proklamiert. Die Vereinigten Staaten, die immer noch stark in Vietnam engagiert waren und die ihre Beziehungen zu China, zugleich aber auch ihr Verhältnis zur sowjetischen Supermacht intensivierten, wollten damit auch nach Europa hin wieder Profil zeigen. Das Europa-Jahr wurde dann ein ausgesprochenes Jahr der Krisen im amerikanisch-europäischen Verhältnis. (1973)

Friede und was dazugehört 217

Vom 18. bis zum 25. Juli weilte Breschnew zu Besuch in Washington, nachdem ein Jahr zuvor Nixon in Moskau gewesen war. Der «Bilateralismus» der Supermächte kulminierte, ohne jedoch die Basis oder Struktur einer globalen Friedensordnung zu schaffen, der man Dauer zugetraut hätte. (1973)

Watergate und die Europäer 221

Im Juli 1972 war, im Vorfeld der Präsidentenwahl, im demokratischen Hauptquartier im Watergate-Gebäude in Washington eingebrochen worden. Nach und nach kam in einem peinlichen und stark behinderten Prozess der Wahrheitsfindung an den Tag, dass die Fäden der Untat ins Weisse Haus bis in den Beraterkreis Nixons reichten und dass der Präsident selber nicht völlig ausserhalb stand. Die Untersuchungen des Sachverhaltes auf verschiedenen Ebenen lähmten in immer höherem Masse die Tätigkeit der amerikanischen Exekutive und unterhöhlten die Autorität des Präsidenten, was Auswirkungen auf die Aussenpolitik Washingtons hatte. (1973)

Erpressung und Appeasement 225

Westeuropa war während der Akutphasen des Jom-Kippur-Krieges politisch abstinent gewesen, obwohl es das Mittelmeer und den Nahen und Mittleren Osten zu seinem engeren Interessengebiet zählte. In einer Nahost-Erklärung der Aussenminister der EG-Staaten einen Monat nach Kriegsausbruch zeigte sich vor allem die Erpressbarkeit des vom Erdöl der Golfstaaten abhängigen Europa. (1973)

«Relance» mit Hindernissen 229

Am 15. Dezember kamen die Staats- und Regierungschefs der Neun auf Anregung Pompidous zu einem Gipfeltreffen in Kopenhagen zusammen. Sie bekräftigten ihren politischen Willen zur Einigung Europas und suchten die «europäische Identität» zu definieren. (1973)

Blick auf die Bundesrepublik 233

Mehr und mehr prägten Nachrichten über innere Zersetzung, marxistische Unterwanderung, Vertrauensverluste in Wirtschaft und Politik, Symptome

von Führungslosigkeit das Bild der Bundesrepublik Deutschland im Ausland. (1974)

Gummi arabicum für Nixon 237

Nixon besuchte vom 10. bis zum 19. Juni nicht weniger als fünf nahöstliche und zwei europäische Staaten. Vermutlich standen bei dieser politischen Safari eher publizistische Wirkungen in dem von der Watergate-Affäre aufgerührten Amerika im Vordergrund als die arabisch-israelische Problematik, der durch politischen Tourismus dieser Art nicht beizukommen war. (1974)

Die alte Struktur des Friedens 241

Eine Ministertagung zum silbernen Jubiläum der Nato in Ottawa am 18./19. Juni verabschiedete eine «Erklärung über die atlantischen Beziehungen», die nach den zahlreichen europäisch-amerikanischen Querelen und Spannungen der letzten Zeit wieder von der unteilbaren Verteidigung der Allianz sprach. (1974)

Weltpolitisches Einmannorchester 245

Kissingers titanischer Versuch, vor dem Hintergrund einer durch das Watergate-Drama – in dem inzwischen Nixon untergegangen war – und einer durch das Provisorium eines nicht gewählten Präsidenten geschwächten Exekutive Weltpolitik als reisender Solist zu treiben. (1974)

Wahnsinn mit Methode 249

Am 4. November hatte der französische Philosoph Jean-Paul Sartre, Geistesfürst der Linken Frankreichs, den Terroristen Baader demonstrativ im Stuttgarter Gefängnis besucht und die Intellektuellen zur Bildung eines Komitees zur «Rettung» der Terroristenhäftlinge aufgerufen. (1974)

Kein Wandel durch Handel 253

Am 3. Januar hatte Präsident Ford das Aussenhandelsgesetz unterzeichnet, das seiner Regierung weitgehende Vollmachten für multilaterale Verhandlungen im Sinne einer Liberalisierung des Welthandels verschaffte, zugleich aber, unter dem Druck des Kongresses, die Meistbegünstigung im Falle der Sowjetunion von der freien Auswanderung der Juden abhängig machte. Daraufhin erklärte die sowjetische Regierung, dass sie wegen dieser Diskriminierung und Einmischung in innere Angelegenheiten das früher unterzeichnete Handelsabkommen mit den USA nicht in Kraft setzen werde. (1975)

Amerika – Weltmacht wider Willen 257

Der von Kissinger 1973 in Paris ausgehandelte Waffenstillstand für Vietnam erwies sich nicht als haltbar. Er verhinderte neue nordvietnamesische Offensiven nicht, die schliesslich im Frühjahr 1975 zum militärischen Zusammenbruch Südvietnams und danach zur bedingungslosen Kapitulation Saigons führten. Die amerikanischen Reaktionen auf den Kollaps auch der Indochinapolitik konnte der Verfasser an Ort und Stelle beobachten. (1975)

Spanien – eine europäische Verantwortung 261

Das spürbar herannahende Ende der Ära Franco – der «Caudillo» starb am 20. November 1975 – setzte Spanien unter schwerste innere Spannungen. Ein neuaufliebender Terrorismus grossen Ausmasses forderte zahlreiche Opfer. Gegen die militärgerichtlichen Todesurteile und die Exekution einer Reihe von Terroristen kam es weitherum in Europa zu Protesten und diplomatischen Interventionen. (1975)

Aufrüstung zwecks Abrüstung? 264

An der Dezembertagung der Nato gab der Militärausschuss des Bündnisses Daten über die Rüstung der Sowjetunion und des Warschaupaktes bekannt. Sie liefen auf den Schluss hinaus, dass im Osten weit über defensive Bedürfnisse hinaus, also für eine Offensivkapazität, gerüstet werde und dass das Gleichgewicht der Stärke zwischen den beiden Paktsystemen in Europa prekär geworden war. (1975)

Trojanisches Pferd in Rom? 268

Nachdem sich die Formel der «linken Mitte» als nicht mehr praktikabel erwiesen hatte, versuchte Aldo Moro es in Italien mit einem «einfarbigem» christlichdemokratischen Kabinett, das aber auf eine gewisse «Zusammenarbeit» mit den Kommunisten angewiesen war, auch wenn die Democrazia cristiana den «historischen Kompromiss», die Beteiligung der KPI an der Regierung, ablehnte. Gegen die Aufnahme der italienischen Kommunisten in die Regierung übte Washington starken Druck aus. (1976)

China – «Feind des Feindes» 273

Aus dem journalistischen Ertrag einer Studienreise nach China im April/Mai 1976. (1976)

Mutmassungen über Carter 278

Am 2. November war Jimmy Carter, der demokratische Kandidat, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Das politische Profil des Erdnussfarmers aus Plains, Georgia, war weder in seiner kurzen bisherigen öffentlichen Laufbahn noch in seinem Wahlkampf deutlich geworden. (1976)

Gretchenfrage für Revolutionäre 282

Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg trat 1976/77 unter sozusagen umgekehrtem Vorzeichen wieder an die Öffentlichkeit, nämlich mit Protesten gegen die Unterdrückung der Freiheitsrechte durch das kommunistische Regime in Hanoi, das seine schwere Hand nach dem Sieg von 1975 auf ganz Indochina legte. (1977)

Exit Kissinger 286

In Carters Regierungsequipe war für den «liberalen» Republikaner Kissinger kein Platz. Während acht Jahren hatte er, zuerst als Sicherheitsbera-

ter Nixons, dann als Staatssekretär Nixons und Fords, die amerikanische Aussenpolitik geleitet und geprägt. (1977)

Kommunisten hüben und drüben 290

Am 2./3. März traten die Kommunistenchefs Italiens, Frankreichs und Spaniens in Madrid zusammen. Die «Eurokommunisten» bekannnten sich zwar zum politischen Pluralismus, vermochten aber keinen gemeinsamen Standpunkt zur Unterdrückung der Menschenrechte im Sowjetimperium zu formulieren. Gleichzeitig tagte in Sofia eine Ideologiekonferenz jener Parteien, die den Vorrang Moskaus anerkannten. Sie bezeichnete die Menschenrechtskampagne im Westen als organisierten Antikommunismus. (1977)

Helsinki – vorher und nachher 294

Am 5. August einigten sich die 35 Regierungen, die sich an der KSZE-Konferenz von 1975 beteiligt hatten, auf den Ablauf einer ersten «Folgekonferenz» in Belgrad, an der die Einhaltung der Schlussakte von Helsinki überprüft werden sollte. (1977)

«Eurokommunismus» – demokratiereif? 298

Die Diskussionen, ob die Kommunisten Westeuropas, die sich – in allerdings unterschiedlichen Graden – kritisch zum Herrschaftssystem Moskaus stellten, nun reif für die Eingliederung in demokratische Regierungen seien, dauerten an. (1977)

Europas Jungbarbaren 301

Der deutsche Terrorismus, ein Spross der 68er Bewegung, war zum organisierten Morden übergegangen. Nach dem Berliner Richter Drenkmann fiel ihm im April der Generalbundesanwalt Buback, im Juli der Bankier Ponto zum Opfer; im September wurde dann der Industrielle Schleyer entführt und im Oktober ermordet. Zur «Sympathisantenszene» gehörten nach wie vor Intellektuelle und Pastoren. (1977)

Zehn Jahre nach dem Aufruhr 304

Zehn Jahre nach dem Aufruhr der 68er Generation schienen die revolutionären Impulse in Westeuropa grösserenteils erlahmt oder aber ins Kriminelle degeneriert zu sein. Aber die westliche Welt war nicht mehr, was sie zuvor gewesen war. (1977)

Risikogemeinschaft im Nuklearzeitalter 308

Am 18. November 1977 hatte die Sowjetunion einen Satelliten in eine Erdumlaufbahn gestartet, der eine Nuklearbatterie an Bord hatte. Er geriet ausser Kontrolle, und es wurde befürchtet, dass es beim Wiedereintritt in die Atmosphäre zu einer Atomexplosion kommen könnte. Der Satellit ging am 24. Januar in Nordkanada nieder; die aufgefundenen Trümmer waren radioaktiv. (1978)

Führungsdefizit 311

In den ersten beiden Monaten des Jahres fiel der Dollar rapid auf weniger als die Hälfte seines früheren festen Kurses, was unter anderem für den europäischen Export schwere Probleme mit sich brachte. Washington desinteressierte sich an dieser Entwicklung, obwohl sie dem amerikanischen Prestige und damit Einfluss in der Welt schwer schadete. (1978)

Breschnews Versuch mit Bonn 314

Vom 4. bis zum 7. Mai war Breschnew zu Besuch in Bonn. Bei der Wahl des Zeitpunktes hatten vermutlich die deutlich sichtbar gewordenen deutsch-amerikanischen Differenzen eine Rolle gespielt. (1978)

Das westliche Interesse in Afrika 317

Der Seeweg um Afrika herum war seit der Schliessung des Suezkanals und angesichts des enorm gewachsenen Erdölbedarfs für das industrielle Europa von vitaler Bedeutung. Die Afrikapolitik der meisten europäischen Staaten schien dem wenig Rechnung zu tragen. (1978)

Opportunität und Moral 321

Am 15./16. Dezember einigten sich Carter und der chinesische Ministerpräsident in Peking auf die volle Normalisierung der wechselseitigen Beziehungen, was den Bruch Amerikas mit Taiwan, seinem Schützling seit fast 30 Jahren, bedeutete. (1978)

Vertrauensfrage 324

In der revolutionären Krise Persiens ging die Herrschaft des Schahs unter. Er verliess sein Land am 16. Januar. Nach der Rückkehr des Ayatollah Khomeiny aus dem Pariser Exil kam es zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen, zu Terrorjustiz und zu chaotischen Zuständen im Lande. Aus dem persischen Kollaps resultierte eine erhebliche Prestige einbusse der Vereinigten Staaten, die sich auch unter ihren europäischen Bündnispartnern auswirkte. (1979)

Dialog der Grossmächte 328

Am 11. Mai wurde bekanntgegeben, dass Carter und Breschnew in Wien Salt II, das neue Abkommen über die Begrenzung strategischer Nuklearwaffen, unterzeichnen werden. In Amerika entwickelte sich eine kritische Diskussion um dieses Abkommen, welche die Ratifikation durch den Senat gefährdete. (1979)

Strauss auf dem Marsch nach Bonn 332

Am 2. Juli sprach sich die CDU/CSU-Fraktion in einer «Probeabstimmung» für Franz Josef Strauss, den bayrischen Ministerpräsidenten, als Kanzlerkandidaten der Unionsparteien aus. (1979)

Psychologische Kriegführung	336
Die Nato steht vor der Entscheidung, im eurostrategischen Rahmen das Gleichgewicht der Abschreckung wiederherzustellen. (1979)	
In die achtziger Jahre	340
Die Prognostiker sagen für die achtziger Jahre auf Grund von Gleichgewichtsstörungen schwierige Zeiten im Ost-West-Verhältnis voraus. (1979)	
Selbstbehauptung und Entspannung	344
Die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetarmee hatte Ende Dezember 1979 das Doppelgesicht einer sowjetischen Politik grell beleuchtet, die nach Westen Entspannung predigte und anderswo offensive Expansion betrieb. (1980)	
Friedensspiele für den Kriegsgott?	348
Nicht nur das Fernbleiben, auch die Teilnahme an der Moskauer Olympiade, den «Weltfriedensspielen» nach der kriegerischen Aktion gegen Afghanistan, war ein politischer Akt. (1980)	
Dialog der Tauben?	351
Die amerikanischen und die europäischen politischen Reaktionen auf den sowjetischen Übergriff in Afghanistan gingen bald auseinander. Besonders deutlich wurde der innerwestliche Gegensatz am Pariser Gipfeltreffen von Präsident Giscard und Bundeskanzler Schmidt in der zweiten Februarwoche. (1980)	
Notleidendes Recht	356
In zynischer Verletzung internationalen Rechts und der elementaren Regeln staatlicher Beziehungen hielt das chaotische Revolutionsregime des Ayatollah Khomeiny die Mitglieder und Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran ein Jahr lang als Geiseln in Gefangenschaft. In der Medienöffentlichkeit war der Fall nach wenigen Monaten keine «story» mehr. (1980)	
Zerfallende Allianz	360
Im Gefolge des sowjetischen Übergriffs auf Afghanistan vertiefte sich die Kluft, ja ein eigentlicher Gegensatz zwischen Washington, das mit Gegenmassnahmen reagieren wollte, und den Europäern, die angesichts der sowjetischen Machtüberlegenheit eine Fassade von Entspannung zu retten versuchten. (1980)	
Eine neue Situation?	364
Nach dem «Doppelbeschluss» der Nato vom Dezember 1979 hatte Moskau mit drohender Geste die weitere Diskussion über Fragen der «eurostrategischen» Rüstung verweigert und nach seiner Aktion in Afghanistan	

die Gesprächskontakte mit dem Westen überhaupt abgebrochen. Als Breschnew im Sommer dann Bundeskanzler Schmidt gegenüber sein Interesse an Rüstungs- und anderen Gesprächen mit Europäern und Amerikanern wieder ankündigte, wurde das als entspannungspolitischer Erfolg gedeutet und gefeiert. (1980)

Der Weg ins Weisse Haus 368

Im Zeichen europäisch-amerikanischer Entfremdung wurde während des Wahlkampfes in den USA diesseits des Atlantiks oft die Tauglichkeit des amerikanischen «Systems» schlechthin in Frage gestellt, einen Präsidenten hervorzubringen, der eine Weltmacht – und erst noch nach europäischem Geschmack – zu führen vermöge. (1980)

Offerten aus Moskau 372

Auf dem Parteitag der KPdSU wurde über wirtschaftliche Schwierigkeiten des Sowjetimperiums relativ offen gesprochen, über kardinale Schwächen des Systems und über das Führungsproblem im Kreml geschwiegen. Zugleich wurden sowohl an die neue Regierung in Washington wie an die Westeuropäer unterschiedliche aussenpolitische Signale gegeben. (1981)

Machtprobleme in Washington 376

Hundert-Tage-Bilanz der Administration Reagan. (1981)

Moskaus Stimme in Bonn 379

Während Bundeskanzler Schmidt und Aussenminister Genscher in der sowjetischen Publizistik wegen ihres Eintretens für den «Doppelabschluss» der Nato scharf angegriffen wurden, suchte der SPD-Vorsitzende Brandt sein eigenes Gespräch mit Breschnew. (1981)

Miterrands Kuckucksei 383

Der sozialistische Präsident Frankreichs hatte, ohne von den Mehrheitsverhältnissen her dazu gezwungen zu sein, mit den Kommunisten zusammen eine «Volksfront»-Regierung gebildet. (1981)

Politisches Geschäft mit der Angst 387

Die breite Kreise erfassende neue Friedensbewegung, namentlich die deutsche, liess elementare Fragen der Sicherheitspolitik ausser acht. (1981)

Im Schatten der Sowjetmacht 391

Am 13. Dezember hatte General Jaruzelski durch Verkündung des Kriegesrechtes Polen der Militärrherrschaft unterworfen. (1981)

Polen – auch eine westliche Tragödie? 394

Über den Massnahmen, die im Zusammenhang mit der Militärdiktatur in Polen gegen die Sowjetunion, die Macht im Hintergrund, zu ergreifen

beziehungsweise nicht zu ergreifen seien, kam es innerhalb des westlichen Bündnisses wie «nach Afghanistan» wieder zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten. (1982)

Abrüstung für die Tribüne 398

Im Kampf um die Erhaltung einer überlegenen sowjetischen Nuklearkriegskapazität in Europa und im Sinne seiner politischen Offensive zur Spaltung der atlantischen Allianz hatte Breschnew einen neuen Vorschlag zur «Einfrierung» der eurostrategischen Waffen lanciert. (1982)

Die Schweiz und die Vereinten Nationen 402

Nach der Publikation der Botschaft des Bundesrates eröffnete dieser Artikel die Diskussion in der NZZ über den Beitritt der Schweiz zur Uno. (1982)

Jaruzelski in der Sackgasse 408

Das Regime des Generals Jaruzelski suchte sich vom inneren Druck durch die unbestimmte Ankündigung einer «Aussetzung» des Kriegsrechts zu entlasten. (1982)

Antisemitismus wegen Begin? 411

Die Annexionspolitik der Regierung Begin in Cisjordanien, ihr militärischer Coup gegen Beirut und die von ihr tatenlos geduldeten Massaker in den Palästinenserlagern zeigten auch in der sonst traditionell Israelfreundlichen öffentlichen Meinung der Schweiz negative Wirkungen. Die Gefahr antisemitischer Reaktionen zeichnete sich ab. (1982)

Schwieriger Neubeginn in Bonn 413

Am 1. Oktober wurde Bundeskanzler Helmut Schmidt über das im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorgesehene «konstruktive Misstrauensvotum» durch Helmut Kohl abgelöst. Der Regierungswechsel wurde in der Bundesrepublik zum Teil zu einer Art von «Verrat» dramatisiert und liess im Westen die besorgte Frage aufkommen, ob es mit der westdeutschen Stabilität nun zu Ende sei. (1982)

Breschnews Erbe 417

Am 11. November wurde in Moskau der Tod Breschnews öffentlich mitgeteilt. (1982)

Vor 50 Jahren: Machtergreifung Hitlers 421

(1983)